

II - 1839 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 901 N

1987 -10- 02

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. DILLERSBERGER, Dr. GUGERBAUER, Dr. STIX, Dr. FRISCHENSCHLAGER
an den Bundesminister Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Verzögerung des Nuklear-Informations-Abkommens zwischen Österreich
und der BRD durch Franz Joseph Strauß

Im April dieses Jahres beauftragte der Nationalrat die Bundesregierung, die 1985 aufgenommenen und durch die vorzeitige Beendigung der sozialliberalen Koalition offenbar ins Stocken geratenen Verhandlungen mit der BRD zur Erzielung eines bilateralen Abkommens zum gegenseitigen Informationsaustausch über kern-technische Anlagen und nukleare Störrälle zügig fortzusetzen. Der für die Abwicklung dieser Verhandlungen zuständige Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten zog es vor, an der Parlamentsdebatte vom 8. April 1987 nicht teilzunehmen und setzte sich - offensichtlich - nach dem Motto "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach" für eine angeblich leichter durchsetzbare Minimalvariante ein. Zahlreiche Forderungen der Oppositionsparteien zur präziseren Formulierung und stärkeren Durchsetzung österreichischer Interessen wurden demgemäß von den Abgeordneten der beiden Großparteien in teilweise namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Einem Artikel im "Spiegel" vom 21.9.1987 ist nun zu entnehmen, daß das betreffende Abkommen "seit Wochen" bei Kanzleramtsminister Schäuble in Bonn "ausverhandelt und unterschriftsreif" vorliege, der bayrische Ministerpräsident Strauß aber bereits Ende Juni gegen das Zustandekommen des Abkommens Einspruch erhob, trotz des Umstandes, daß die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf vom Abkommen nur in einer äußerst vagen Zusatzklausel erfaßt ist. Der "Spiegel" zitiert außerdem Stellungnahmen des Chefs der bayrischen Staatskanzlei und des Ministerialdirigenten im bayrischen Umweltministerium, die an der Wiederherstellung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Bayern und Österreich zweifeln und eine Zustimmung Bonns zum Abkommen vom Wohlverhalten österreichischer Regierungsglieder in der Wackersdorf-Frage abhängig machen wollen.

- 2 -

Da den unterzeichneten Abgeordneten die Sicherheit Österreichs und seiner Bevölkerung vor der gefährlichen Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wichtiger ist als die Querelen des dem österreichischen Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten ideologisch nahestehenden Verhandlungspartners in Bonn und "Verursachers" in München, richten sie an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die

A n f r a g e :

1. Seit wann liegt das Abkommen zum gegenseitigen Informationsaustausch über kerntechnische Anlagen und nukleare Störfälle ausverhandelt und unterschriftsreif beim Bonner Kanzleramtsminister auf ?
2. Wie lautet sein Inhalt ?
3. Stimmt es, dass in diesem Abkommen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf nur in einer Zusatzklausel erfaßt ist? wenn ja: warum ?
4. Stimmt es, daß Bayerns Ministerpräsident und seine Mitarbeiter sogar dieses magere Abkommen bisher erfolgreich verzögert haben ? Wenn Ja: worauf ist das zurückzuführen ?
5. Stimmt es, daß die bayrische Seite die Zustimmung Bonns zum Abkommen vom Wohlverhalten österreichischer Regierungsmitglieder abhängig machen will ? Wenn ja: welche Gesten des Wohlverhaltens haben Sie Ihren bayrischen und bundesdeutschen Parteifreunden gegenüber bereits gezeigt ?
6. Welche Früchte hat dieses Wohlverhalten bereits getragen ?
7. Bis wann ist endlich mit einem die Sicherheit Österreichs und seiner Bevölkerung währenden Abkommen zum gegenseitigen Informationsaustausch zu rechnen?